

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP) vom 5. Juli 2007: Verstärkte Präventionsbemühungen beim Jugenddienst der Stadtpolizei (07.000236)

In der Sitzung des Stadtrats vom 21. Februar 2008 wurde folgendes Postulat erheblich erklärt:

Seit 1995 existiert bei der Stadtpolizei ein Jugenddienst, der bei der Kriminalpolizei angesiedelt ist. Dieser Jugenddienst wurde letztes Jahr personell verstärkt, was begrüssenswert ist – aber der Fokus bei diesem Jugenddienst liegt vor allem bei der Repression, die Gewaltprävention bildet nur einen kleinen Anteil in der Arbeit dieses Jugenddienstes. Unseres Erachtens wurde damit eine Chance verpasst.

Es ist effektiv nicht zuzuwarten, bis ein Jugendlicher strafbare Handlungen begeht und in die Mühlen der Justiz gerät, sondern das vorausgehende Problemverhalten anzugehen. Fachleute sind sich denn auch einig, dass man mit der Prävention nicht früh genug beginnen kann. Diese Erkenntnis hat die niederländische Stadt Eindhoven 1992 dazu bewogen, das so genannte Jugend-Präventions-Projekt JPP ins Leben zu rufen. Bei diesem wurde zunächst definiert, was als – sichtbares und verdecktes – Problemverhalten verstanden wird. Mit einer pro-aktiven Vorgehensweise der Polizei aber auch unter der Mithilfe von Schulen, Freizeiteinrichtungen oder Eltern wird anschliessend versucht, ein solches Problemverhalten zu erkennen. Anschliessend erfolgt die Taxation des Falles durch die Polizei zusammen mit der Familie, worauf der Fall an die Jugendhilfe weitergeleitet wird, welche den auf einen Fall zugeschnittenen Arbeitsplan entwirft, den alle Beteiligten umsetzen. So kann bei Jugendlichen Problemverhalten frühzeitig erkannt und in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe gezielt interveniert werden. Wichtig hierbei ist eine interdisziplinäre Zusammenarbeit. Eine wissenschaftliche Untersuchung dieses Projekts ergab ein derart positives Zwischenergebnis, dass sich die beteiligten Institutionen dazu entschlossen haben, das Projekt über den ursprünglich geplanten Drei-Jahres-Zeitraum hinaus fortzusetzen.

Bei der Stadtpolizei Zürich wurde ein ähnliches Konzept erarbeitet und umgesetzt.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, in diesem Zusammenhang folgende Massnahmen zu prüfen:

1. in welcher Art und Weise im Jugenddienst der Stadtpolizei ein Präventionskonzept erarbeitet werden kann, das sich am JPP von Eindhoven orientiert und die Verhältnisse der Stadt Bern berücksichtigt,
2. wie ein solches Konzept umzusetzen ist sowie
3. speziell geschulte Jugendpolizistinnen und Jugendpolizisten einzusetzen.

Bern, 05. Juli 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP), Andreas Zysset, Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Ursula Marti, Miriam Schwarz, Rolf Schulen, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Christof Berger, Ruedi Keller, Beni Hirt, Stefan Jordi, Thomas Göttin, Michael Aebbersold, Giovanna

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat sich im Rahmen des Postulats bereit erklärt, die Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Schule und Polizei zu prüfen, die Vor- und Nachteile eines solchen Modells zu erörtern und die zur Verfügung stehenden Ressourcen für zusätzliche Präventionsmassnahmen im Jugendbereich bei der Kantonspolizei abzuklären. Diese Abklärungen können wie folgt zusammengefasst werden:

Heutige Form der Zusammenarbeit

Heute findet die Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendamt und Polizei entsprechend dem in der Antwort des Gemeinderats erklärten Kaskadenmodell vor allem fallbezogen statt, d.h. immer dann, wenn die Schulleitungen oder das Jugendamt die Polizei für einen Fall beiziehen. Einen institutionalisierten Austausch gibt es im Rahmen der Arbeitsgruppe Gewalt unter der Leitung der Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS), die sich ca. zwei- bis dreimal pro Jahr trifft und in welcher auch der Chef Jugenddienst der Kantonspolizei Einsitz hat.

Ein gutes Beispiel für eine konstruktive Zusammenarbeit sind die vor kurzem zwischen dem Jugendamt und der Regionalpolizei Bern getroffenen Abmachungen betreffend suchtproblematische Jugendliche. Gemäss diesen meldet die Polizei Jugendliche an die ambulante Jugendhilfe, falls sie bei diesen ein suchtproblematisches Verhalten feststellt (Beurteilung anhand von definierten Kriterien). Gestützt auf diese Meldungen der Polizei informiert das Jugendamt anschliessend die Eltern.

Vor- und Nachteile verstärkter Zusammenarbeitsmodelle

Das Jugend-Präventions-Projekt JPP Eindhoven ist ein Kooperationsprojekt zwischen Polizei und Jugendhilfe. Diese Kooperation ist zweifellos wichtig, um möglichst frühzeitig zu erkennen, ob ein Jugendlicher bzw. dessen Umfeld der Unterstützung bedarf. Aus diesem Grund setzen viele Projekte in Deutschland und den Niederlanden an dieser Schnittstelle an (vgl. Nachbarn lernen voneinander. Modelle gegen Jugenddelinquenz in den Niederlanden und Deutschland, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.), München 2002; im Internet abrufbar unter: <http://www.dji.de/bibs/6Nachbarn1.pdf>).

Aus Sicht der Polizei ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, aber auch den anderen Partnern (insbesondere den Schulen) sinnvoll. Die Polizei stellt bei ihrer Arbeit immer wieder auffälliges und problematisches Verhalten bei Jugendlichen fest, ohne dass ein Ermittlungsverfahren eröffnet und von Gesetzes wegen das Jugendgericht involviert wird. Laufen diese Feststellungen mit denjenigen aus anderen Bereichen (insbesondere der Schule) zusammen, können ein Handlungsbedarf möglichst frühzeitig erkannt und die nötigen Massnahmen eingeleitet werden. Selbstverständlich muss eine solche Zusammenarbeit den rechtlichen Rahmen beachten, insbesondere bezüglich Fragen des Datenschutzes.

Aus Sicht der Kantonspolizei macht es jedoch weder inhaltlich noch aus organisatorischen Überlegungen Sinn, den Lead für ein solches Kooperationsmodell bzw. -projekt der Polizei zu übertragen, wie dies das Postulat zu tun scheint. Beim gemäss Postulat anzustrebenden Eindhovener JPP-Projekt stört aus polizeilicher Optik zudem, dass

Aufgaben der Jugendsozialarbeit, wie die Beurteilung des Falls gemeinsam mit der Familie, auf die Polizei übertragen werden. Solche Aufgaben betreffen die Kernkompetenzen der Institutionen der Jugendhilfe, die Polizei hingegen ist hierfür weder ausgebildet noch zuständig. Wichtig ist jedoch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Schulbehörden und dem Jugendamt, die dank des personellen Ausbaus des Jugenddiensts auch möglich ist. Der Jugenddienst wird in konkreten Fällen frühzeitig beigezogen, damit geeignete, auch präventive, Massnahmen eingeleitet werden können. Dabei wird darauf geachtet, dass die Fallverantwortung (Case Management) bzw. Federführung klar zugeteilt wird. Es wird definiert, welche Stelle oder Person die Hauptverantwortung hat und somit eine geordnete Zusammenarbeit ermöglicht und koordiniert.

Kapazitäten des Jugenddienstes der Regionalpolizei Bern

Die Hauptaufgabe des Jugenddiensts ist das Ermitteln gegen Jugendliche wegen schwerer Vergehen oder Verbrechen bzw. serienmässig begangener Delikte oder gegen jugendliche Intensivtäter. Daneben macht der Jugenddienst regelmässig (mind. einmal wöchentlich) abends Patrouillen an den Brennpunkten. Ziel dieser Patrouillen ist es, die Jugendlichen anzusprechen und aus der Anonymität zu holen, durch präventive Präsenz Straftaten zu verhindern aber auch Erkenntnisse für Ermittlungen zu sammeln. Eine Nebenaufgabe stellt die Kontaktpflege zu Institutionen der Jugendhilfe sowie den Schulkreisen dar, welche sich abgesehen von den fallbezogenen Kontakten heute wie oben beschrieben mehr oder weniger auf das Informieren bezüglich der Aufgaben und Möglichkeiten des Jugenddiensts beschränkt.

Der Jugenddienst verfügt höchstens über die personellen Ressourcen für eine verstärkte Zusammenarbeit im oben beschriebenen Sinne, keinesfalls aber für weitergehende Projekte wie das JPP-Eindhoven. Bereits heute kann der Jugenddienst die präventive Patrouillentätigkeit an den Brennpunkten nicht in der Intensität durchführen, die sinnvoll und wünschbar wäre.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Eine verstärkte Zusammenarbeit ist im Rahmen von institutionellen Kontakten möglich. Für das vom Postulat anzustrebende Eindhovener JPP-Projekt fehlen der Kantonspolizei die entsprechenden personellen Ressourcen und Kompetenzen.

Bern, 18. Februar 2009

Der Gemeinderat